



# Der Russen-Mord in Berlin

## Die Beweggründe zu der Tat

Das bereits in unserer gestrigen Abendausgabe gemeldete Mordverbrechen auf den russischen Botschaftsattaché Miljutin, bei dem der Gefeßschauer der Berliner russischen Zeitung „Ruf“ — Professor Radow — erschossen wurde, stellt sich als eine von Russen ausgeführte politische Mordtat dar. Die Täter wurden dem 30 Jahre alte frühere Leutnant im Regiment des Jaren, Peter von Schabelski-Wort, und der zwei Jahre jüngere Sergius Laborski fessgenommen. Beide gaben die Tat sofort zu und erklärten:

„Durch Miljutin ist alles Unglück über Rußland gekommen. Er hat Kerenski und den Bolschewiken die Wege gezeigt. Wäre Miljutin nicht gewesen, hätte der Zar mit Deutschland Frieden geschlossen.“

Schabelski, der die irdischen Schätze auf Radow abgeben hat, sagte hinzu, daß er seine Tat nur deshalb bekaue, weil er nicht auch Miljutin getroffen habe.

Ueber die Vorgänge im Saal selbst weisen die Darstellungen der Augenzeugen naturgemäß ab, was dadurch zu erklären ist, daß sich das Attentat in wenigen Augenblicken abspielte. Die beiden Täter, so berichtet ein Augenzeuge, hatten in der zweiten Vorderreihe, etwas seitlich vom Rednerpult, Platz genommen. Als Miljutin gegen 10 Uhr seinen eigentlichen Vortrag über seine Einwürfe in Amerika und den Wiederabwurf Rußlands beendet hatte, wobei er seiner absehbaren Haltung gegenüber den russischen Monarchisten temperamentoell Ausdruck gab, sprang plötzlich Schabelski-Wort von seinem Platz, drängte durch die vordere Stuhreihe und feuerte drei Schüsse auf Miljutin ab. Es entstand ein ungeheures Durcheinander, und es sah, wie Miljutin sich inständig zu Boden warf und so den Schüssen entging. Professor Radow, der auf der anderen Seite der Rechterreihe stand, sprang nun auf Miljutin zu, um ihn zu beden. Von seinen Angehörigen fielen weitere Schüsse und Radow sank zu Boden. Miljutin war inzwischen von seinen Angehörigen in ein kleines Nebenzimmer gedrängt worden, und war nun in Sicherheit. Von den beiden Mördern führte der eine auf die Rechterreihe und führte in den Tummel: „Ich bin Monarchist und habe das Attentat verübt, um die Jarenfamilie zu rächen!“ Die Menge warf sich auf die Täter, Schüsse fielen, durch die noch mehrere Besucher verletzt wurden, a. auch ein Mitglied des Zentralkomitees der Arbeiterpartei Wjatschkin und Dr. Amelj. Es gelang schließlich, die Täter zu umzingeln. Einer von ihnen wurde dabei von der erstarrten Menge über der Brust und dann von herbeigeeilten Kriminalbeamten fesselnommen.

Ein anderer Augenzeuge berichtet, daß ein Besucher dem Täter, als er die ersten Schüsse abgab, die Waffe aus der Hand geschlagen habe und daß Schabelski einen zweiten Revolver aus der Tasche gerissen und weiter gefeuert habe. Von dieser Seite warf noch beschaupet, Radow habe selbst auf den Täter geschossen, und hierdurch seien die Belegungen der Besucher zu erklären. Bei dem Durcheinander, das im Saale entstand, ist es natürlich, daß die Darstellungen abwichen. In dem Gedränge wurden zahlreiche Personen zu Boden getreten, während an verschiedenen Stellen des Saales auf vermeintliche Helfer der Attentäter geprüft wurde. Verschiedene Zeugen wollen beobachtet haben, daß nach der Tat fünf Russen, vermutlich die Helfer der beiden Verurteilten, in einem Auto geflüchtet seien. In Berliner russischen Emigrantenkreise, die der Verbindung der russischen Monarchisten angehören, wird erklärt, daß man die Täter nicht kenne und die Monarchisten mit dem Attentat nichts zu tun hätten. Bei der politischen Tätigkeit Miljutins habe man aber mit einem Attentat politischer Heldentat rechnen müssen. Der oberste Rat der russischen Monarchisten weise es nicht auf sich, in einem Bande, das den vertriebenen russischen Staatsbürgern Vertrauensschutz gewähre, durch Ermordungen die Ruhe und Ordnung zu stören. Die russischen Monarchisten könnten nicht begreifen, daß politische Hochverrat Miljutin, die Hauptrolle in die Hände der Entente übergeben hätte und politischen Spionebetrieb betreiben, überhaupt in Berlin geduldet würden. Sie, die Monarchisten, hätten sich hier als Opfer und verniedern ängstlich alles, was ihnen Unstetigkeit bringen könnte.

Im nach einer flüchtigen Debatte der Attentäter zu suchen, wurden gefahren nach die Fernschiffwerke beobachtet. Hierbei wurde eine große Anzahl Ausländer fesselnommen, die entweder gar keine oder falsche Pässe hatten. Auf dem Anhalter Bahnhof bemerkt sich dabei ein Russe außerordentlich ruhig und rüh sich die Arbeiter vom Leibe. Bei den Entropfen gab es ein flüchtiges Befehlsgeschehen über die ihnen angelegten gelbesenen Papiere.

## Miljutin

Miljutin wurde am 27. (15.) Januar 1880 in Wroslau geboren und entstammte einer alten Adelsfamilie in ursprünglich deutscher Herkunft. Ein Vorfahr Miljutins, Simon Weiß oder Miljut, kam aus Deutschland im Anfang des 14. Jahrhunderts nach und war Herrscher in russischen Diensten. Ein Onkel von ihm wurde der Begründer des Geschlechts der Miljutins.

Im so merkwürdiger berichte seine unbedingte Stellungnahme gegen Bolschewiken, die besonders im Verlauf des Weltkrieges zum Ausdruck kam.

Nach dem Ausbruch war er mit Schanoff, der er nach seinem Sturz schon häufig gegen alle „Deutschengegner“ und insbesondere gegen Giermer bezeugt hatte, einer der Hauptförderer des englischen Einflusses in St. Petersburg. Er trat für den Krieg des auf Russen ein, bis zur Vernichtung Deutschlands und vor allem bis zur Eroberung Konstantinopel. Auf's engste arbeitete er in allen Fragen mit dem englischen Botschaftsattaché zusammen. Auch als er mit besten Willen im März 1917 das deutsche Regiment verließ und den Jaren Wjatschkin II. zur Abdankung gezwungen hatte, trat er als Minister des Jaren in der provisorischen Regierung mit aller Macht für die Fortsetzung des Krieges ein, wurde jedoch schon bald erkennen, daß in dieser Frage seine Meinung nicht allein mehr entscheidend war. Im Verlauf der zwischen der provisorischen Regierung und dem Arbeiter- und Soldatenrat entstehenden Streitigkeiten trat er am 10. Mai 1917 zurück. In seine Stelle trat Kerenski.

Der bis dahin ein scharfer Gegner seiner Kriegspolitik gewesen war, aber dann innerlich weniger Bösen zu einer ebenso rücksichtslosen Fortsetzung des Krieges sich bestimmte.

Nach der bolschewistischen Revolution änderte der zur Opportunität neigende Mann seine Haltung Deutschland gegenüber. Demals wurde er eine Zeitung zum Redakteur der in Deutschland sogenannten „deutschen Orientierung“ und bestrafte sich mit Hilfe deutscher Expeditionstruppen, die damals große Teile von Ukraine und Rußland besetzt hatten, den Bolschewikern zu stützen.

Indessen kam Miljutin bisher noch nicht von seiner vorurteilsvollen Haltung gegen Deutschland los, und seine Tätigkeit blieb bei aller Anerkennung seiner Stellung gegen den Bolschewismus von deutscher Seite nur mit einer bestimmten Reserve geteilt werden.

In Miljutin sehen die russischen Monarchisten den eigentlichen Kronenrädler der russischen Monarchie. Er war es ja auch, der den Jaren zur Abdankung drang, und er war es, auf den die Länge vor dem Jahre 1917, der russische Sozialismus berufen konnte. So vorzüglich dem Umfuge auch seine Angriffe gegen den Jarenismus in ihrer äußeren Form waren, so nachhaltig wirkten sie doch gerade dadurch, daß sie von dem Professor für russische Kulturgeschichte herkommen. Dieser Wirkung tat auch seine besondere Haltung seinen Abbruch, die er im Jahre 1907 während der Tagung der „Interparlamentarischen Union“ in England einnahm. Damals hielt er als Führer der rechten Partei der russischen Duma, der Arbeiter, mit der die Regierung rechnen mußte, seine Rede über die Arbeiterpartei als „Opportunisten seiner Zeit“, die ihm seitens der linksstehenden Elemente Rußlands sehr viel bemerkt wurde und seiner Autorität als Politiker großen

## Rücktritt des Botschafters Laurent?

Die „Die Zeit“ aus besserer Quelle erfährt, beschäftigt es sich, daß der französische Botschafter in Berlin, Charles Laurent, Berlin verlassen hat, um nicht wieder auf seinen Posten zurückzukehren. Er war, namentlich in letzter Zeit, nicht immer mit der von Paris aus gegen Deutschland eingeschlagenen Politik einverstanden. Der Gegensatz vergrößerte sich durch die letzte Note der Reparationskommission, deren Forderungen Laurent nicht vertreten zu können glaubte. Die tägliche Berührung mit der deutschen Politik und Politik habe ihn, so meint das volkserziehlende Blatt, zweifellos von seiner ursprünglich ziemlich harten Stellung gegenüber der deutschen Regierung abgebracht, und sein Rücktritt sei der beste Beweis dafür, daß die Deutschland zugewandten Reaktionen und Erniedrigungen seiner sachlichen Kritik, und Kämpfe sie selbst vom Feinde, standhalten können.

## Die deutschen Vorbesprechungen für Genua abgeschlossen

Die Vorbesprechungen für Genua sind abgeschlossen. Das Komitee hat seine Arbeit beendet und morgen zum ersten Male mit der Besprechung der Materie befaßt. Die Personalfrage und die Zusammenstellung der Delegation sind dabei erörtert worden.

## Abreise der Deutschen von Genf

Staatssekretär Bredel verließ heute, wie bereits angekündigt, Genf, um sich nach Berlin zu begeben. Staatsminister Dr. Simon, der noch die Verhandlungen über die Währungsfrage führt, wird später abfahren. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Delegation haben bereits Genf verlassen. Die mit der Festlegung des Vertreters beauftragten Herren bleiben jedoch bis zum endgültigen Abschluß hier.

## Die Arbeiten des Wirtschaftsausschusses in Genf beendet

Der Wirtschaftsausschuss des Völkerverbands, der in den letzten Tagen hier getagt hat, hat seine Arbeiten abgeschlossen. Er prüfte u. a. auf Grund des Votums eines außerordentlichen Stand der Frage des untern Wirtschaftswerebs und formulierte ergänzende Vorläufe für den Völkerverband. Besprochen wurden vornehmlich die Aufgaben der Gruppe der Wirtschaft des Völkerverbands zum Zweck der Durchführung der Haager Konvention von 1910 und 1912. Endlich sollen die Unterabteilung die Frage der Schiedsrichter und der Handelsstrafverträge mit dem Zweck der in Artikel 23 des Völkerverbandsvertraglichen Bestimmungen festzustellen prüfen. Die Verhandlungen der Handelsbeziehungen prüfen. Die Verhandlungen der letzten Gruppe wurde damit beendet, daß das Fehlen jedes Gegenstandes im Währungsweise und die dadurch verursachte wirtschaftliche Unsicherheit gezeigt eine allgemeine Lösung unmöglich macht.

## Bayerische Stimmen zur Kanzlerrede

Die politischen Blätter bringen fast durchweg eingehende Betrachtungen zur Kanzlerrede. Der „Bayerische Kurier“, das führende Organ der Bayerischen Volkspartei, gibt jedoch die Rede des Reichskanzlers aus dem Standpunkt der Bayerischen Volkspartei an. Die Rede wird als ein Werk bezeichnet, das die deutsche Politik mit einer Energie, die bei ihm nicht gewöhnlich sei, gegen die feindlichen Forderungen gewandt habe. „Wir erkennen das gerne an“, sagt das Blatt, „mühten aber von vornherein betonen: Was jetzt haben wir Worte gesagt, wir warten auf die Taten. Die Währungsfrage ist ein Problem, das lang und schwierig ist. Der 28. März 1922 bedeutet auf jeden Fall einen Wendepunkt in der gegenwärtigen Annen- und Außenpolitik des Deutschen Reiches. Er kann zum Wendepunkt auch für die ganze zukünftige Gestaltung Deutschlands des Kontinents und der Welt werden. Zum ersten Male hat die Reichsregierung ein entscheidendes „Nein“ gegenüber unzulässigen Forderungen des Feindes ausgesprochen. Das „Nein“ muß dem Gegner zeigen, daß Deutschland entschlossen ist, sein „Wendepunkt“ herbeizuführen.“

## Die Ergänzung des Beleidigungsgesetzes

Der Hauptausschuss des Reichstages beschloß bei der Beratung der E. Ergänzung des Beleidigungsgesetzes, daß die Grundbestimmungen bei aufsteigenden Behörden in den Gruppen 1—12 zu geändert werden sollen, wie dies in den Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen geschehen ist. Beizuglich in Gruppe 7 hat das Endgesetz eine Ergänzung erfahren. Welche wurde beschloßen, daß der Rindzugschuß an Kinder von 14 bis 21 Jahren abwärts wird, wenn die Kinder kein

Abbruch tat, ohne indessen seine Stellung ernstlich erschüttern zu können.

## Nadow

den geltend in der Willkommene die Kugel tötete, die für Miljutin, den in den letzten Jahren in Rußland, ein Mann war, einmännig einer vornehmen russischen Adelsfamilie. Sein Vater war während der ersten Regierungsjahre Nikolai II. Justizminister. Auch der Emmerde hatte Jura studiert und war eine Zeitlang Rektor der Kaiserlichen Rechtschule in Petersburg. Im Jahre 1908 wurde er zum Petersburger Stadtrat ernannt und im Jahre 1908 zum Mitglied der ersten Duma gewählt. Dort gehörte er der Konstitutionellen demokratischen Partei (Rabotnik) an und erregte wiederholt durch bemerkenswerte Reden Aufsehen. Nachdem der Zar die Duma aufgelöst hatte, begab sich bekanntlich ein Teil ihrer Mitglieder nach Wladiwostok, wo sie den bekannten „Wladiwostoker Klub“ an das russische Volk erließen. Infolge dieser Vorgänge verlor Nadow für immer sein Mandat als Parlamentarier, doch gehörte er andauernd dem Zentralkomitee der Arbeiterpartei an. Seine politische Tätigkeit verband er mit der Publikation. Er war Mitarbeiter und Mitarbeiter des „Ruf“, des Arbeiterparteiorganes. Gleich seinem Freunde und Kollaboranten Miljutin war auch Nadow vor dem Kriege einer der überzeugtesten Anhänger der Rußlands Teil nun in einer Privatfirma mit England erblichen und das Programm ihres Patrioten aus dem voran eingeleitet hatte. Die Bolschewikeregierung verabschiedete auch ihn nach Berlin, nach Deutschland, für das er während seiner politischen und publizistischen Zeit in Rußland im Grunde so wenig übrig hatte.

eigenes Einkommen von mehr als 4000 M. jährlich haben. Der Frauensatzung soll aus Witwern (Waisen und Pensionären) gemäß werden, wenn sie für den vollen Unterhalt verordnungsberechtigter Kinder im eigenen Haushalt aufkommen.

## Steht Ebert außerhalb der politischen Tageskämpfe?

Der „Vorwärts“ berichtigt fälschlich über einen Prosch gegen einen Redakteur der in Köln erscheinenden Tageszeitung „Sozialistische Republik“ (L. S. W.). Der Reichspräsident Ebert über sehr angegriffen hat. Aus dem Bericht des „Vorwärts“ sei folgendes wiedergegeben:

„In der Spitze des Artikels wird von Reichspräsident Ebert gesagt, er sei der „Repräsentant der Arbeiterrepublik“, während die Arbeiterrepublik, aufgebauter Arbeiter der Arbeiterrepublik, „Republik“ und „Republik“ mehr. In ähnlicher Weise zieht der Verfasser, dann über die Minister Seegering und Gansel. Im März erschien dann ein Artikel „Aus Ebert's Sicht“. Darin wird dem Reichspräsidenten vorgehalten, daß er zur Zeit der Lebensmittelpreissteigerung große Mengen Fleisch, Butter, Eier usw. für seinen Haushalt gekauft habe. Während Ebert den Arbeiter durchhalten bei Wärmelampe empfohlen habe, habe er an letzten Zeiten in Genf gefesselt. Gleich darauf folgt der Ausdruck „Arbeiterrepublik“ (S. 2). Auch für diesen Artikel übernahm die pregeheftliche Verantwortung. Das Bericht erachte die oben erwähnten Ausdrücke in den Artikeln für geeignet, die Person, auf die sich die Ausdrücke bezogen, in ihrer persönlichen Ehre zu kränken. Da der Reichspräsident, so wird im Artikel angeführt, außerhalb der politischen Tageskämpfe steht, werde es eine besonders heutzutage, wenn er in bereit geschaffener Weise angegriffen und beleidigt wird. Außerdem entspricht es nicht den Tatsachen, daß der Reichspräsident für seinen Privatkauf größere Mengen Lebensmittel angewiesen erhalten hat. Diese waren für Repräsentationszwecke, wie parlamentarische Vierzehn, politische Tees und ähnliche Veranstaltungen, bestimmt. Daß der Angeklagte nur belächelnde Mißstände habe zuzugewandt, wurde ihm vom Bericht nicht gelugnet.“

Aus diesem Bericht interessiert einmal die heimlich genaue Unterzeichnung von Privatkauf und Repräsentationskauf. Geht aber die Mitteilung des „Vorwärts“, nach der Ebert fälschlich nach dem von den verurteilten Lebensmitteln erhalten hat, mit der Behauptung der „Sozialistischen Republik“, daß Ebert an belächelten Zeiten gefesselt hat, und nennen habe, was den Arbeiter vorkommen wurde, im Widerspruch? Wie dem aber auch sei, auf alle Fälle ist der „Vorwärts“, an das Personen, die an hervorragender Stelle stehen, gewisse Repräsentationsverpflichtungen haben. Damit fernzuziehen er aber selbst kein früheres Geschimpfe aus Anlaß von Veröffentlichungen von Meinungen aus dem Großen Hauptquartier, oder aus Ministerien, oder gar aus dem förmlichen Schloß. Wenn er schon dem Genossen Fritz Ebert Repräsentationsverpflichtungen zuerkennt, dann mußte er sie nicht auch den Repräsentanten des alten Systems zugestehen, das doch auf ganz anderen Grundlagen aufgebaut war als diese — parlamentarische Republik!

Zum anderen ist aus dem Bericht die Behauptung bemerkenswert, daß Ebert außerhalb der politischen Tageskämpfe steht. Der Reichspräsident sollte es allerdings tun, aber Herr Ebert hat sich von seiner Partei in ausgedehnten parteipolitische Dinge hineinziehen lassen. Es sei nur an das Rundschreiben des früheren Reichskanzlers Hermann Müller erinnert, das dieser als Parteivorstand nach den Reichstagswahlen 1920 — kurz vor der Konferenz von Spa — an die sozialistischen Parteigängerinnen verhandelt hat. In diesem Rundschreiben wird ausdrücklich hervorgehoben, daß Ebert auf dem Posten des Reichspräsidenten die Interessen der Sozialdemokratie zu vertreten habe, und Ebert hat verlangt, daß den Parteimitgliedern dieser Grund seines Weibens im Reichspräsidentenamt zur Kenntnis gebracht würde.

Die Sozialdemokratie steht jetzt zwar förmlich, jegliche Kritik an der Tätigkeit des Reichspräsidenten — jedenfalls solange ein Genosse dort oben ist — durch die Gerichte unterbinden zu lassen. Wie konnte sie früher so tapfer über den Majestätsbeleidigungspatrappen schmähen!

Dampfer „Bismarck“ auf Grund. Der gestern schon unter Schmiergelände aus Hamburg abgefahrene Dampfer „Bismarck“ ist der Roggenland auf Grund gesunken.



